

dbb jugend Bund)
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Tel: 030. 40 81 – 57 57
Fax: 030. 40 81 – 57 99
E-Mail: info_dbbj@dbb.de
Internet: www.dbbj.de
www.facebook.com/dbbjugend

POSITIONEN

Jugendarbeitslosigkeit



Im Jahr 2014 waren in Deutschland 330.000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren ohne Arbeit. Seitens der Bundesregierung konnte davon nicht einmal 30 % dieser Jugendlichen Zugang zu einer Bildungsmaßnahme geboten werden. Dies bedeutet konkret, dass 230.000 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren komplett ohne Arbeit oder ein Bildungsangebot waren.¹

Damit weist Deutschland mit 7,7 % zwar die niedrigste Jugenderwerbslosigkeit im Vergleich der Mitgliedsstaaten der europäischen Union auf, da die Jugendarbeitslosigkeit im EU-Durchschnitt bei 22,2 % liegt und in Spanien und Griechenland sogar bei über 50 %, jedoch zeigt dies nur, wie groß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa insgesamt ist.

Vor dem Hintergrund das im Jahr 2014 bereits 25,8 % der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ohne einen beruflichen Bildungsabschluss waren², dies sind allein in der Altersgruppe der 25 bis 34 Jährigen ca. 1,4 Millionen Menschen. Dabei stellt ein fehlender berufsbildender Abschluss weiterhin die größte Gefahr für eine spätere Arbeitslosigkeit dar. Diese Zahlen bleiben daher, auch nach einer Verbesserung auf nationaler Ebene in den letzten Jahren, mehr als besorgniserregend.

Die dbb jugend (Bund) fordert daher europaweite Anstrengungen die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es darf nicht dazu kommen, dass eine „verlorene Generation“ in Europa entsteht. Denn die Wirtschaftskrise in Europa zeigt sich vor allem auch als eine Beschäftigungskrise der Jugend Europas.

¹ Vgl. Pressemitteilung vom 11.08.2015 des Statistischen Bundesamt, Wiesbaden

² Vgl.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>, 08.02.2016, 12:04 Uhr

Die dbb jugend (Bund) fordert die europäischen Mitgliedsstaaten daher auf verstärkt in die Bildung der Jugend und gezielte Beschäftigungsprogramme für junge Menschen zu investieren.

Ein Schulabschluss in Verbindung mit einem garantierten Zugang zu einem Bildungsgang, der zu einem beruflichen Bildungsabschluss führt, ist nach wie vor der beste Garant dafür, dass jungen Menschen der Einstieg in eine Erwerbstätigkeit gelingt und senkt das Risiko einer späteren Arbeitslosigkeit erheblich.

Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten.

Übergang Schule und Beruf besser verzahnen

Aufgrund des demografischen Wandel ist ein Rückgang von potentiellen Arbeitskräften bereits heute ein Problem mit dem sich Politik und Arbeitgeber aktiv auseinandersetzen müssen. Unsere Gesellschaft kann sich daher nicht erlauben, dass weiterhin jedes Jahr zehntausende junge Menschen nicht den Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder eine andere berufsbildende Bildungsmaßnahme schaffen.

Bereits das System Schule muss sich über ihren Auftrag den Schülern eine Allgemeinbildung zu bieten und eine Ausbildungsreife der Schüler herzustellen, dass Ziel der Berufsorientierung als primäres Ziel ansehen und Schülerinnen und Schülern geeignete Einblicke in mögliche Berufsfelder verschaffen, sowie Verbindungen zu späteren beruflichen Bildungspartnern vermitteln.

Die Öffentliche Verwaltung ist dabei gefordert jungen Menschen die verschiedenen Berufsfelder des Öffentlichen Dienst bereits in der Schule vorzustellen, da diese häufig vielen Schülerinnen und Schülern nicht bekannt sind.

Die Möglichkeit eines Langzeitpraktikums neben der schulischen Laufbahn wird dabei seitens der dbb jugend (Bund) als besonders geeignet angesehen frühzeitig eine Verbindung zu potenziellen Ausbildungsbetrieben herzustellen und potenzielle Berufsfelder zu erkunden. Insbesondere nach einem absolvierten Schülerpraktikum und einem gefestigten Ausbildungswunsch des Schülers oder der Schülerinnen, kann ein solches Langzeitpraktikum, nicht nur bei leistungsschwächeren Schülern, eine wertvolle Brücke in eine spätere Ausbildung darstellen.

Die dbb jugend (Bund) fordert daher die bundesweite Einführung der Möglichkeit der Langzeitpraktika in den Jahrgangsstufen 9 und 10.³

Davon würden nicht nur Jugendliche profitieren, die Probleme aufweisen mit formellen schulischen Bildungswegen, aber durch aus Interesse und Befähigung für eine praktische Tätigkeit aufweisen.

Zweijährige Ausbildungen stärken und als Chance begreifen

Nicht nur für diese Jugendlichen kann im Anschluss eine zweijährige Ausbildung, beispielsweise als Junker, Werker oder Facharbeiter, eine Chance sein um einen Zugang zu einem berufsbildenden Bildungsabschluss zu erhalten. Insbesondere da viele dieser zweijährigen dualen Ausbildungsgänge die Möglichkeit bieten in dem entsprechenden Berufsfeld anschließend oder auch später noch den Gesellenbrief zu erwerben.

Dabei bedarf es einem gesamtgesellschaftlichen Umdenken. Nicht jede berufliche Tätigkeit bedarf der formal höchsten (Aus)Bildungsvoraussetzungen. Vielmehr kann gerade in einer arbeitsteiligen Welt auch jemand mit beispielsweise einer Werker-Ausbildung einen wertschaffenden Beitrag in unserer Arbeitswelt leisten.

„Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015-2018“ konkretisieren

Richtig ist dabei der Versuch der Bundesregierung in Anschluss an den ausgelaufenen „Ausbildungspakt“ mit allen Akteuren gemeinsam daran zu arbeiten, mehr Jugendliche in eine Ausbildung zu vermitteln. Die Ziele der „Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015-2018“ gehen dabei beileibe noch nicht weit genug und bleiben in Ihrer Zielsetzung zu unkonkret.

Vielmehr bedarf es einer konkreten Festlegung einer Anzahl von zur erreichenden Ausbildungsplätzen die seitens der Wirtschaft und der Politik mittels des Öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren geschaffen werden müssen.

Beantwortet werden muss dabei auch die Frage, was passiert, wenn die vereinbarten Ziele nicht erreicht werden. Insbesondere wie sich die Betriebe zukünftig an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Ausbildung beteiligen werden, die sich derzeit nicht mittels des zur Verfügung stellen von Ausbildungsplätzen an den Kosten der Gewinnung zukünftiger Generationen von Fachkräften beteiligen. Einer Antwort auf diese Frage bedarf es umso mehr,

³ Siehe speziell für NRW:Berufs- und Studienorientierung, RdErl. D. Ministerium für Schule und Weiterbildung v. 21.10.2010 (ABl. NRW. S. 576), BASS 12-21 Nr. 1 (Stand 01.04.2013)

da die Anzahl der Ausbildungsplätze im Jahr 2015 zwar um 0.5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, es aber in absoluten Zahlen immer noch 36015 Ausbildungsplätze weniger gab als im Jahr 2012.

⁴

Öffentlicher Dienst muss Vorbildfunktion gerecht werden

Von elementarer Bedeutung ist und bleibt dabei die Rolle des Öffentlichen Dienst. Im Bereich des Öffentlichen Dienst hat die Politik es direkt in der Hand mittels der Schaffung von Ausbildungs- und Studienplätzen nicht nur seiner Vorbildrolle gerecht zu werden, sondern Jugendlichen eine Chance zu geben und dringend benötigte Fachkräfte für den Öffentlichen Dienst auszubilden.

Leider zeigt es sich, dass die Politik dieser wichtigen Vorbildfunktion nicht gerecht wird. Im Jahr 2014 lag die Ausbildungsquote im Öffentlichen Dienst nur bei 3,4 Prozent. Der Bundesweite Durchschnitt lag dabei im selben Jahr bei 5,2 Prozent und dabei 1,8 Prozent höher als im Öffentlichen Dienst.⁵

Mit Blick auf die anstehenden altersbedingten Abgänge im Öffentlichen Dienst wäre es dabei von besonderer Bedeutung die Ausbildungszahlen im Öffentlichen Dienst massiv zu erhöhen. Bereits jetzt fehlen mehr als 180.000 Beschäftigte in Bund, Länder und Kommunen. Um weiterhin, insbesondere auch in Zeiten der Krise, für die Menschen in unserem Land sorgen zu können, braucht der Öffentliche Dienst genau diese jungen Menschen als Nachwuchs und zwar Dauerhaft. Die Politik muss sich daher ihre Verantwortung stellen und jungen Menschen eine Ausbildungschance und damit auch eine Berufsperspektive im Öffentlichen Dienst bieten und damit auch der Verantwortung gegenüber den Bürgern gerecht werden.

Denn nur wer mit guten Beispiel voran geht, kann mehr Einsatz bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen von der Industrie verlangen. Zu einem solchen gelebten guten Beispiel muss selbstverständlich auch gehören, dass nach erfolgreich abgelegter Ausbildung im Anschluss die Übernahme in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis gehört.

⁴ Siehe Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

⁵ Siehe Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

Die dbb jugend (Bund) fordert daher die verantwortlichen Akteure auf Bundes- und Landesebene und bei den Kommunen auf die Ausbildungszahlen spürbar zu erhöhen um den Bedarf des Öffentlichen Dienst selbst decken zu können. Denn niemand außer dem Öffentlichen Dienst bildet Spezialisten für den Öffentlichen Dienst aus.